

Keiner will das 16 km lange Mauermonster

22.05.2007 00:00 von Bi-Bahntrasse

Keiner will das 16 km lange Mauermonster

Bahnplaner haben im Gemeinderat schweren Stand

Ein geballtes »So nicht!« schallte gestern Abend den Bahnplanern entgegen, als diese im Gemeinderat im Detail die A 3-Pläne (vier parallele Gleise durchs Stadtgebiet) vorstellten. Stein des Anstoßes: die 16 Kilometer lange bis zu neun Meter hohe Lärmschutzwand, die OB Edith Schreiner als »wüstes Bauwerk« bezeichnete.

VON CHRISTIAN WAGNER

Offenburg. Heftige Kritik ergoss sich gestern Abend über Bahnplaner Christophe Jacobi. Die Lärmschutzmaßnahmen, mit denen der Projektleiter für den Ausbau der Rheintalbahn eigentlich punkten wollte, wurden von den Stadträten förmlich zerpflückt. »Wir kriegen ein wüstes Bauwerk mitten durch die Stadt – und wir haben nicht einmal die Sicherheit, dass es ruhiger wird«, sagte OB Edith Schreiner unter dem Beifall des Gemeinderats.

Zwar versprach Jacobi, dass es für alle Anlieger des Bahngrabens durch die Schallschutzmaßnahmen generell deutlich ruhiger werde – bei 3000 Wohneinheiten, bei denen trotz der Lärmschutzwand die Grenzwerte überschritten würden, müssten allerdings Schallschutzfenster und entsprechende Lüftungsanlagen eingebaut werden. Jacobi gestand auch ein, dass die Lärmschutzwand – von der BI als »16 Kilometer langes Mauermonster« bezeichnet – einen massiven Eingriff in das Stadtbild bedeuten würde.

Nicht nur Grünen-Stadtrat Stefan Böhm sah deshalb in der Bahnplanung »eine Kette von Schwachstellen«. OB Edith Schreiner monierte vor diesem Hintergrund, dass die Bahn nur mit der A 3-Trasse ins letzte Woche eröffnete Planfeststellungsverfahren gegangen ist und es nicht für nötig gehalten hat, den vom Gemeinderat geforderten Güterzugtunnel in ausreichender Tiefe zu prüfen.

»Wir müssen darauf dringen, dass der Tunnel so schnell wie möglich ins Verfahren aufgenommen wird«, gab CDU-Fraktionschef Kurt Feger in seinem Statement die weitere Marschrichtung der Stadt vor. Dies wird voraussichtlich Anfang 2008 im Rahmen der Einwendungen geschehen. Notfalls will OB Schreiner den Tunnel auch auf dem Klageweg durchboxen, wie sie gestern Abend noch einmal deutlich machte.

Marwein: »So nicht!«

SPD-Fraktionssprecher Jochen Ficht forderte in seiner Stellungnahme die Unterstützung der Landes- und Bundesregierung ein: »Jetzt sind die politischen Gremien dran!« Klartext redete Grünen-Stadtrat Thomas Marwein: »Das Fazit des Abends kann nur heißen: So nicht!«

Wolfgang Schrötter (Freie Wähler) forderte genaue Zahlen von der Bahn ein, die bislang die Kosten für die A 3-Trasse mit 210 bis 225 Millionen Euro sehr vage angegeben hat. Zum Vergleich: Der Güterzugtunnel kostet 665 Millionen Euro. Der immense Kostenunterschied sei auch der Grund, weshalb man den Tunnel nicht eingehender untersucht habe, verteidigte sich Jacobi.

»Letztendlich hängt es am Geld«, stellte folglich Sibylle Laurischk fest. Die FDP-Fraktionschefin sah in

der Präsentation der »Offenburger Mauer« auch etwas Gutes: »Jetzt realisieren wir endlich, was auf uns zukommt!«

Zitate aus dem Gemeinderat

»Das erinnert mich an eine Verteidigungsanlage aus der Barockzeit.«

Silvano Zampolli, FDP-Stadtrat, zur von der Bahn geplanten sechs bis neun Meter hohen Lärmschutzwand mitten durch die Stadt – von Albersbösch bis zum Bahnhof.

»Ich habe keine Lust, zwischen dieser 16 Kilometer langen Mauer zu leben. Diese Barriere ist für Offenburg untragbar.«

Wolfgang Schrötter, Freie-Wähler-Stadtrat, ebenfalls zur Lärmschutzwand.

»Es entsteht eine Straßenschlucht zwischen Häusern und der Lärmschutzwand.«

Angelika Wald, Fraktionschefin der Grünen, wies auf eine zusätzliche Lärmquelle hin.

»Wer bei geschlossenem Fenster schlafen muss, wird über die entsprechende Lüftungsvorrichtung die Frischluft bekommen, die er braucht.«

Christophe Jacobi, Projektleiter der Bahn, zu so genannten passiven Schallschutzmaßnahmen, also Schallschutzfenster, die in rund 3000 Wohneinheiten erforderlich werden.

»Bei der Bevölkerung herrscht die Meinung vor, dass der Spitzenpegel das ist, was man hört.«

Christoph Jopen, Bürgermeister. Zuvor hatte Bahngutachter Peter Fritz erklärt, dass man sich mit dem Spitzenpegel nicht befasse, weil die gesetzliche Grundlage das nicht vorsehe.